

# In der Identitätsfalle

**Die Identitätspolitik ist geprägt vom Kampf gesellschaftlicher Gruppen um mehr Anerkennung. Der Streit darüber nimmt gerade an Schärfe zu. Droht eine Spaltung der Gesellschaft? Ist die Freiheit des Denkens gefährdet?**

Von Alexander Schwabe

Sie haben ins berühmte Wespennest gestochen, haben einen Treffer gelandet, der Breitenwirkung erzielte: Gut siebzig Professorinnen und Professoren schlossen sich jüngst zu einem »Netzwerk Wissenschaftsfreiheit« zusammen. Innerhalb weniger Tage hat sich ihre Zahl fast verdreifacht. Sie alle sehen die Freiheit des Denkens in Gefahr, in die Enge getrieben von einem ideologischen und moralisierenden »Mainstream«, wie sie sagen, und eingeschränkt von einer *Cancel Culture* (der Aufruf zum Boykott von Personen, die angeblich diskriminierende Positionen vertreten – zum Beispiel verhinderten Aktivistin beim Göttinger Literaturherbst eine Lesung des früheren Bundesinnenministers Thomas de Maizière).

Was hier mit der Forderung nach einem freiheitlichen Klima an Universitäten hochkocht, reicht im Kern weit über den akademischen Bereich hinaus. Es geht um die Durchsetzung von Weltbildern, um den Kampf von Interessengruppen, um die Hoheit in der Debattenkultur, um die künftige Form der Gesellschaft. Konkret geht es zugleich um mehr Differenzierung, um die Rechte von Minderheiten und benachteiligten Gruppen, um mehr Gerechtigkeit.

In einer Zeit gewaltiger Umbrüche ist es unausweichlich, die Machtverhältnisse in Gesellschaften auszutarieren. Globalisierung, Klima und Migration, Digitalisierung und zugleich reaktionäre nationalistische Tendenzen – wer jetzt nicht lautstark mitmischt, kommt unter die Räder. Doch wo sich einmischen? Welche Interessen vertreten? Wer bin ich in allem Wandel? Kurz: Es geht um Identität, individuell und kollektiv.

## Der Versuch, den anderen auszugrenzen

Die *Cancel Culture* hat schon etliche Prominente erwischt: Neben dem Politiker de Maizière (CDU) den Kabarettisten Dieter Nuhr, die Kabarettistin Lisa Eckhart, den AfD-Mitgründer Bernd Lucke, den Schriftsteller Daniel Kehlmann, den Politologen Herfried Münkler und die Ethnologin Susanne Schröter. Auf internationalem Parkett wären Salman Rushdie, Noam Chomsky, Margaret Atwood und J. K. Rowling zu nennen. Egal, wie man zu ihnen im Einzelnen steht – offensichtlich ist der Versuch, sie auszugrenzen und ihnen das Recht auf freie gesellschaftliche Partizipation abzuspochen. Es ist das paradoxe Unterfangen, sie zu brandmarken durch einen Entzug von Öffentlichkeit. Das Gegenmodell zur *Cancel Culture* – mit der gleichen vernichtenden Absicht – ist der *Shitstorm*, ein unverhohlenes An-den-Pranger-Stellen, wie es derzeit etwa dem Politiker, Gesundheitsexperten und Corona-Warner Karl Lauterbach (SPD) widerfährt bis hin zu Morddrohungen. Klar ist: Nicht nur in Staaten, die von egozentrischen Populisten regiert werden, nehmen Polarisierung und Radikalisierung zu.

Dabei hätte alles so reibungslos und harmonisch laufen können. Hätte der Stanford-Professor Francis Fukuyama vor dreißig Jahren recht gehabt, als er das »Ende der Geschichte« (so der Titel seines Buches) ausrief. Nach dem Ende des Kalten Krieges war nicht nur der Wettkampf der Systeme entschieden. Auch der Prozess des sich in Stufen dialektisch vollziehenden historischen Materialismus selbst, der Klassenkampf, war vorbei. Ohnehin schon in der Postmoderne unterwegs, die nicht mehr gegenständlich-substanzhaft dachte, sondern prozesshaft, in Abstufungen und Annäherungen und in Kategorien wie Intensität, fiel nun auch noch der Kommunismus. Konkurrierende politische Großzählungen schienen überholt. Identitäten bröckelten – willkommen in der ideologiefreien Zeit. Mit der Ausbreitung des Internets zog man ins globale Dorf ein. Überall würde nun die unverdächtige, kapitalistisch ausgerichtete, liberale Demokratie Einzug halten. Nationalstaaten zunehmend an Bedeutung verlieren. Menschen zu Weltbürgern reifen. Herkunft, Religion, Geschlecht: Schnee von gestern. Doch Fukuyama irrte. Der universale Einklang und das friedvolle Miteinander wollten sich nicht einstellen. An die Stelle der beiden rivalisierenden, bis zum Overkill hochgerüsteten Blöcke traten Akteure, die ihre Kriege asymmetrisch und hybrid führten. Wutbürger, Reichsbürger und neuerdings sogenannte Querdenker an die Stelle allzeit liberaler Citoyens. Statt Kosmopoliten traten zunehmend Nationalisten und Rassisten auf den Plan. Identitäre, die sich völkisch definieren in Abgrenzung zu jenen, die angeblich nicht da hingehören, wo sie selbst allein für sich ihren angestammten Platz sehen.

Viel zu viele der Bewohner des globalen digitalen Dorfes entpuppten sich als Demagogen, Verschwörungstheoretiker und Hetzer. Anstatt sich den Idealen der Aufklärung verpflichtet zu fühlen, streuen sie in den sozialen Medien mit einer Rhetorik des Hasses Häme und Lügen. Um die Kultur der Desinformation und der Fake News – deren prominentester und exzessivster Vertreter der 45. Präsident der USA war – zu geißeln, griff gar der Papst zu unschönen Worten. Franziskus nannte die Konsumenten dieser skandalösen Kommunikationsformen Koprophagen, Verzehrter von Kot.

Kurz und schlecht: Eine alles in sich aufhebende Welt-Identität gleicher Menschen, wie es Fukuyama vorgeschwebt haben mag, egal welcher Herkunft, welcher Religion, welchen Geschlechts, stellte sich nicht ein. Und die Aussage des Neuen Testaments: »Da ist weder Jude noch Grieche, da ist weder Sklave noch Freier, da ist nicht Mann und Frau« (Galaterbrief 3), formulierte leider weiterhin nur eine neue Seinsordnung im Glauben – wobei ausgerechnet die katholische Kirche von der letzten der genannten und in Christus aufgehobenen Unterscheidungen am weitesten entfernt scheint.

Die Frage nach dem »Wer bin ich?« und nach dem »Wer sind wir?« löste sich nicht in Richtung Universalismus auf, sondern beschwor neue Partikularismen herauf. Und aus der bisherigen Rivalität zwischen Ost und West wurde eine zwischen liberalen Demokratien und autokratischen Systemen. Die Welt ordnet sich neu. Die Frage nach Werten und Orientierung ist brisanter denn je. Selbstverständnisse müssen neu gefunden werden.

## Kollektive Affekte wie Zorn und Stolz

Dabei kam auf der Suche nach der verlorenen Identität die ans Individuum gekoppelte Identitätsfrage kaum noch in den Blick. Sie war in der Tradition der Aufklärung bis in die 1960er- und 1970er-Jahre noch vorherrschend gewesen. Der Mensch litt darunter, nicht Herr im eigenen Haus zu sein, wie Sigmund Freud festgestellt hatte: Wie konnte der von Trieben gebeutelte und vom Über-Ich gesteuerte Mensch zu sich selbst finden? Wie konnte er Einheit, Beständigkeit und Unverwechselbarkeit erreichen? Wie mit sich selbst identisch sein? Martin Heidegger propagierte existenzielle Eigentlichkeit statt ein Leben in der Uneigentlichkeit zu fristen. Franz Kafka suchte die Entfremdung von sich selbst, literarisch zu verarbeiten: Weh dem, der eines Morgens als Käfer erwacht und feststellen muss, er sei ein Subjekt, das nicht mit sich selbst in Einklang ist, kaum noch erkannt weder von sich selbst noch von seinen Nächsten. Stendahl haderte: »Warum bin ich so und nicht anders?« Und Dietrich Bonhoeffer fragte: »Wer bin ich? Der oder jener? Bin ich denn heute dieser und morgen ein anderer?«

Das nach dem vermeintlichen Ende der Geschichte entstandene Sinnvakuum wurde anders gefüllt. Der erschöpft zu Ende gekommene politisch-ökonomische Konflikt der Ideologien wurde abgelöst von soziokulturellen Selbstfindungsprozessen. In der geistig verunsicherten Welt drängten Formen einer neuen Identitätspolitik an die Oberfläche. Aleida Assmann spricht von einem »Weltbildwandel in den 1990er-Jahren«, eng verknüpft mit einer Neubestimmung des Identitätsbegriffs, der »in den 1980er- und 1990er-Jahren eine neue Bedeutung angenommen hat«. Die klassischen Kategorien links und rechts bestanden fort, besetzten jedoch neue Felder. Drei Jahrzehnte nach dem von ihm ausgerufenen Ende der Geschichte revidierte Fukuyama sein Urteil. 2018 reagierte er mit dem Buch »Identität« auf die neue Entwicklung.

Darin beschreibt er die neue Aufgabenverteilung: »Die Linke richtet ihr Augenmerk nicht mehr primär darauf, weitestmöglich ökonomische Gleichheit herzustellen. Stattdessen geht es ihr darum, die Interessen einer Vielfalt von benachteiligten Gruppen zu unterstützen, wie etwa von Schwarzen, Einwanderern, Frauen, Hispanics, der LGBT-Community und Flüchtlingen. Unterdessen liegt der Rechten vor allem der Patriotismus am Herzen, der Schutz der traditionellen nationalen Identität, die häufig explizit mit Rasse, Ethnizität oder Religion verknüpft wird.«

Die Neuausrichtung von links und rechts wurde ergänzt durch einen wesentlichen Faktor. Anstatt sich wie bisher vor allem argumentativ an ideologischen Konstrukten abzuarbeiten, rückten Gemütslagen ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung. Emotionen trieben die neue Identitätspolitik voran. Interessengruppen kristallisierten sich aus kollektiven Affekten wie Stolz oder Zorn heraus. Der Habermas-Schüler Axel Honneth goss die gesellschaftliche Seelenlage in den Buchtitel »Kampf um Anerkennung«. Gruppen, die sich zurückgesetzt, diskriminiert oder stigmatisiert fühlten, forderten verstärkt Chancengleichheit, Partizipation und Anerkennung. Gerade hat der SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz in der FAZ dazu aufgerufen, »die teils subtile, teils offen verhöhnende Verachtung vieler hart arbeitender Bürger und ihrer Lebensweisen« zu überwinden. Es gehe »um Respekt und Anerkennung auf allen Ebenen«.

Es ist kein Zufall, dass der Tübinger Theologe Jürgen Moltmann, auf den Relevanzverlust der Theologie in der öffentlichen Debatte angesprochen, just jenen Zeitraum nennt, von dem Aleida Assmann spricht: »Ab 1990 ist es ruhig geworden.« Statt ernsthafter Auseinandersetzungen innerhalb der Kirchen über theologische Themen – »wir haben in den 1960er-Jahren über Säkularisierung, Entmythologisierung, über politische und feministische Theologie gestritten« – gebe es eine Dialoginflation. Die Beziehung, die man im Dialog eingehe, sei wichtiger als

der Gegenstand, über den man spreche, beklagt Moltmann die Zähmung der Theologie. **Mithin eine Verschiebung des Diskurses von der Sachebene auf die Befindlichkeitsschiene.** Anerkennung, Gehörtwerden scheinen wichtiger als das Ringen um Inhalte.

# Diktiert die Minderheit der Mehrheit ihre Moral?

Diese Art Identitätspolitik zu treiben gerät zunehmend in die Kritik. Das »Netzwerk Wissenschaftsfreiheit«, das sich vehement gegen die Politisierung von Forschungsgegenständen und die Moralisation von Debatten stemmt, ist Ausdruck einer Gegenbewegung. Forderungen gegen übermäßigen Identitätseifer werden laut: Argumente statt Emotion, Sachbezug statt persönliche Anerkennung, ergebnisoffene Forschung statt Agenda-Wissenschaft, Vielfalt statt Meinungsmonopol. Für viele ist der Punkt erreicht, an dem das Streben nach Gerechtigkeit in freiheitsfeindliche Zensur umschlägt, wo Minderheiten der Mehrheit Meinung und Moral diktieren, wo politische Korrektheit zu einer Überkorrektheit führt, die einen Konformitätsdruck erzeugt und neue Tabus errichtet. Der Theologe Ingolf U. Dalferth, einer der Unterzeichner des Manifests des Netzwerks (Gastautor in *Publik-Forum* 17/2020, »Gott der Gegenwart«), hat bereits im Juli 2020 eine weltweite Krise der Geisteswissenschaften diagnostiziert. Im Zentrum stehe die »Abwendung vom Ideal urteilsfähigen Selbstdenkens«. Der geistige Kompass sei verloren, die Geisteswissenschaften trieben »orientierungslos auf dem Meer zeitgenössischer Ideologien – und dazu gehören fast alle gängigen -ismen in den gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen der Gegenwart: Sozialismus, Nationalismus, Kolonialismus, Feminismus, Genderismus, Rassismus«.

Und auf Cancel Culture und Meinungsdictat gemünzt schreibt Dalferth: »Politische Korrektheit wird dann zur Schlüsselqualifikation, Ausdrucksweisen werden gerechtigkeitsrhetorisch reguliert, und es wird infrage gestellt, dass jeder über jedes Thema sprechen oder schreiben darf. Wer nicht zu meinesgleichen gehört, hat kein Recht, sich über mich zu äußern oder über meine Ansichten und Anliegen zu urteilen. Wer es dennoch tut, will sich meiner Themen bemächtigen und mich meiner Erfahrungen berauben. Authentisch – so heißt es immer öfter – kann nur in der ersten Person gesprochen werden. Aber das ist das Ende ernsthafter Diskussion und Auseinandersetzung. Wer sich Diskursen in der dritten Person verweigert und immer nur ›ich‹ oder ›wir‹ sagt, entzieht sich dem kritischen Gespräch.«

»Wie viel Identitätspolitik stärkt die Pluralität einer Gesellschaft, ab wann schlägt sie in Spaltung um?« Dies fragte vor Kurzem *Publik-Forum*-Mitherausgeber Wolfgang Thierse in der FAZ. Im Spannungsfeld von Diversität und Einheit hieß er den Einsatz für die eigene Identität, für die individuellen wie für die Gruppeninteressen ausdrücklich gut, forderte jedoch, »in noch größerem Ausmaß die Bereitschaft und die Fähigkeit, das Eigene in Bezug auf das Gemeinsame, auf das Gemeinwohl zu denken und zu praktizieren, also auch das Eigene zu relativieren«.

Relativieren! Eine Tugend, die allein schon die Erfahrung gebietet. Denn je näher man Dinge betrachtet, desto diffuser erscheinen sie oft. Je genauer die Trennlinien zwischen verschiedenen Identitätsgruppen unter der Lupe sichtbar werden, desto feiner und vielfältiger erscheinen sie. Kategorisierungen lösen sich auf. »Das Gefüge des Realen erscheint immer reichhaltiger, und unsere Kategorien wirken immer armseliger«, schreibt der Philosoph Tristan Garcia. In dieser Reichhaltigkeit liegt die Gefahr der Spaltung, in der Unschärfe der Kategorien jedoch die Chance, sie zu überwinden.

Martin Luther hat die Situation des Menschen einmal scheinbar paradox beschrieben: »Ein Christenmensch ist ein freier Herr über alle Dinge und niemandem untertan.« Und zugleich: »Ein Christenmensch ist ein dienstbarer Knecht aller Dinge und jedermann untertan.« Diese Denkfigur auf den modernen Menschen und seine Identität inmitten großer Umbrüche angewandt könnte lauten: Ein Mensch muss wandelbar sein, um bestehen zu können. Und zugleich: Ein Mensch muss konstant sein, um bestehen zu können. Wie gelingen individuelle und gesellschaftliche Veränderungen, ohne im notwendigen Wandel fragmentiert zu werden? Und ohne sich ihm revisionistisch und reaktionär zu verweigern? In einem scheinbar widersprüchlichen Verhältnis könnte Identität das Resultat sein aus der Fähigkeit zu einem Balanceakt in unterschiedlicher Intensität zwischen Einschränkung und Ausdehnung, Partikularismus und Universalismus, Ich und Wir.

**Publik Forum 5/2021**